



DANKMEIER / DAVIDS

Parteichef Gabriel, Generalsekretärin Nahles: „Die Andrea setzt jetzt andere Prioritäten“

fassen. Die CDU hat ihr mal wieder eine Vorlage geliefert, die Kanzlerin ist ihren Sozialpolitikern in den Rücken gefallen, sie will jetzt doch nur noch ein bisschen Mindestlohn, es ist in dieser Debatte die Wende nach der Wende. Andrea Nahles grinst, sie rutscht in ihrem Sessel ein Stück vor.

„Jetzt ist die Sache doch sogar noch besser“, ruft sie, „da kann ich so richtig reinhauen“, sie wird lauter, „bum, bum“, ruft sie und haut Schwinger in die Luft, rechts, links, rechts, „ist doch noch besser! Buuum, buuum!“

Schwinger rechts, Schwinger links, Nahles sieht ganz glücklich aus.

Sie ist mit Bumbum dahin gekommen, wo sie jetzt ist. Sie machte als Juso-Vorsitzende bum, bum, dann als Chefin der Parteilinken, sie war die Andrea, die redete, wie sie dachte, nicht allzu strukturiert, dafür umso lauter.

Das Problem ist, dass es in der Politik von einem gewissen Alter an nicht mehr viele Bumbum-Jobs gibt.

Auch Generalsekretär ist letztlich keiner. Wer die Linie der eigenen Partei kritisiert, hat sofort die öffentliche Aufmerksamkeit. Will aber ein Generalsekretär mit seinen Angriffen auf die politische Konkurrenz wahrgenommen werden, muss er schon ziemlich gut sein, schlagfertig, auch mal witzig, auch mal elegant. Er braucht eine ganz eigene Sprache, Andrea Nahles hat sie noch nicht gefunden.

Und geht es um die eigene Partei, muss ein Generalsekretär vor allem abdichten: nach außen gegen Angriffe der Gegner, nach innen gegen Querköpfe. Er muss für alle sprechen, auch Dinge vertreten, von denen er nicht überzeugt ist.

Bei Andrea Nahles hat das dazu geführt, dass die Parteilinken sie nicht mehr lieben und die Rechten sie noch immer nicht leiden können. Eine besondere De-

mütigung war es, als die Rechten über die Parteitagsflure liefen und ankündigten, sie würden Nahles in jedem Fall wählen. Die ist jetzt auf uns angewiesen, das war die Botschaft.

Sie hat ihre Heimat innerhalb der Partei verloren. Sie hat immer für eine Strömung gesprochen und soll jetzt für das große Ganze reden. Sie darf nicht mehr alles sagen, sie wägt die Worte, doch sie kämpft mit ihnen, statt sie zu kontrollieren. Sie hat ein Amt, das ihre Schwächen bloßlegt und erstickt, was ihre Stärken waren.

Sie hätte auch einen anderen Weg einschlagen können, den der politischen Exotin. Ottmar Schreiner ist so ein Exot, der schnaubbärtige Parteilinke, mit dem sich Nahles gerade erst in der Rentenfrage streiten musste. Auch Heidemarie Wiczorek-Zeul, die „rote Heidi“, ist immer Flügelfrau geblieben und damit Entwicklungsministerin geworden.

Es ist der bequemere Weg, man kann auf ihm recht weit kommen. Nur nicht ganz nach oben.

Sie muss jetzt erst mal noch zwei Jahre durchhalten oder jedenfalls bis zur nächsten Bundestagswahl. Schafft sie das, wird man an ihr nicht vorbeikommen, wenn Ministerien zu verteilen sind. Das ist die Logik der Politik.

An einem dieser Abende an der Parteitagsbasis steht vorn im Publikum ein Mann auf und sagt, die schwarz-gelbe Regierung produziere „eine Katastrophe nach der anderen“. Er wird lauter, er zeigt auf Nahles. „Und was hört man von dir als Speerspitze unserer Partei? Nichts! Diplomatisches Gelaber, aber sonst nichts!“ Er setzt sich wieder.

Sigmar Gabriel ist da schon wieder weg, er wollte sein Flugzeug nicht verlassen. Andrea Nahles holt Luft, dann macht sie sich eine Notiz.

CHRISTOPH HICKMANN

KATHOLIKEN

## Occupy St. Norbert

Statt friedlich Weihnachten zu feiern, besetzen Gläubige im Ruhrbistum eine Kirche und rebellieren gegen ihren Bischof. Benachbarte Muslime unterstützen sie dabei.

Damit hatten die aufgebracht Katholiken im Duisburger Norden nicht gerechnet: „Ihr habt uns beim Bau unserer Moschee geholfen, jetzt helfen wir euch beim Kampf um eure Kirchen!“ So versprochen es Ende vergangener Woche muslimische Schüler und Eltern aus der Nachbarschaft, dann gingen sie mit den Christen bei eisigem Wind und Regen demonstrieren.

Gemeinsam machten sie sich kurz vor Weihnachten für Kirchen wie St. Barbara, St. Norbert oder St. Peter und Paul stark; drei von mehreren Gotteshäusern, die das Ruhrbistum demnächst schließen will.

Rund 100 Kirchen im Revier hat die Diözese in den vergangenen Jahren bereits auf die Streichliste gesetzt, nun beginnt der nächste Kahlschlag. Auch bundesweit wird es nicht bei den bisher bekannten 700 Fällen bleiben. In den Bistümern gibt es sogar Pläne, die das Zusperrn von bis zu 2000 weiteren Kirchen vorsehen.

Die Bischöfe ziehen sich aus der Fläche zurück. Teils jahrhundertealte Gebäude werden deshalb entweiht und anschließend einem weltlichen Schicksal überlassen – manche enden als Museum, andere als Restaurant oder Wellnessstempel.

„Strukturwandel“ heißt die Begründung für diesen Prozess in den Verwaltungen der Bistümer, den Ordinariaten. Viele Bischöfe sehen angesichts des verschärften Priestermangels keinen anderen Weg. Doch ihr Sparprogramm bedeutet weit mehr als die Stilllegung von Kirchen:



KNABILD

Essener Bischof Overbeck  
„Zerstörung sozialer Netzwerke“

Mit den Gotteshäusern verschwinden auch Kindergärten und Suppenküchen, ebenso Treffpunkte für Jugendliche, Mütter und Senioren – alles Einrichtungen, die auch für den sozialen Zusammenhalt in Dörfern und Stadtvierteln stehen.

Deshalb verstärkt sich an der Basis nun der Protest, viele Gläubige wollen nicht länger hinnehmen, dass es zum Kahl-schlag angeblich keine Alternative gibt. So kommt es in diesem Winter in Duisburg zu einem besonderen Weihnachtsmärchen: Katholiken und Muslime beteuern einander ihre Freundschaft, Lokalpolitiker setzen sich mit leidenschaftlichen Appellen für den Erhalt von Kirchen ein. Nur der Bischof spielt nicht mit.

Die Gemeinde St. Peter und Paul im Duisburger Norden steht im Zentrum eines besonderen Konflikts. Noch vor fünf Jahren setzte sich Pfarrer Michael Kemper hier für einen Treffpunkt der muslimischen Gemeinde ein. Wenig später entstand direkt gegenüber von seiner Kirche Deutschlands größte Moschee.

Jetzt sind es die Katholiken, denen bald wohl ein Treffpunkt fehlt. Mitglieder der Pfarrei fürchten schon, dass sie sich demnächst – wie einst ihre muslimischen Nachbarn – in Hinterzimmern und Garagen versammeln müssen.

In einem Brandbrief mahnte der Vorstand der Merkez-Moschee deshalb den Essener Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck zur Besinnung. „Wir können uns ein Miteinander im Stadtteil ohne den Beitrag der katholischen Gemeinde nicht vorstellen“, heißt es darin. Duisburg sei ein Ort, der „beispielhaft ist für ein gelungenes Miteinander von Christen und Muslimen in Deutschland“, dies müsse schlichtweg so bleiben. Alles andere wäre „eine falsche Entscheidung“.

Auch in der Kommunalpolitik regt sich Widerstand. Im Auftrag aller Fraktionen von Duisburg-Hamborn schickte Bezirksbürgermeister Uwe Heider ebenfalls einen Brief an „Seine Exzellenz“, den Bischof von Essen. Die Kommune befürchte – bei allem Respekt vor der Trennung von Staat und Kirche – angesichts des Rückzugs der Kirche „soziale Unruhe“, eine „Zerstörung sozialer Netzwerke“ und große Ängste in der Bevölkerung vor dem „Alleingelassenwerden“.

Der Adressat, Franz-Josef Overbeck, gehört zu den jungen Konservativen in der Deutschen Bischofskonferenz. Nach nur zwei Jahren im Amt hat sich der 47-Jährige bereits als Hoffnungsträger des



Protest in Duisburger Kirche St. Norbert: Dramatische Einschnitte

Traditionsflügels seiner Kirche und möglicher Nachfolger des einflussreichen Kölner Kardinals Joachim Meisner profiliert, etwa durch Ausfälle gegen Homosexuelle in der Talkshow „Anne Will“.

Bundesweit brachte ihn das zwar in Ver-ruf, in der Hierarchie jedoch machte er schnell Karriere. Overbeck wurde Militärbischof und soll als Mitglied einer Steuerungsgruppe der Bischofskonferenz im ganzen Land den Dialogprozess zwischen Bischöfen und Basis leiten. Vor der eigenen Tür aber bereitet ihm die Basis an der Ruhr eine unfriedliche Weihnachtszeit. Mal gibt es Protestläuten der Kirchenglocken, mal werden Kirchen schwarz verhüllt, auf den Weihnachtsmärkten verkaufen Katholiken T-Shirts, die zur Rettung von Gotteshäusern aufrufen.

Selbst bei einer Pfarrkonferenz im Essener Ordinariat ging es kürzlich ganz und gar nicht besinnlich zu. Wutkatholiken, die sich über Facebook organisiert hatten, lärmten so lange vor Türen und Fenstern, bis sich Overbeck nach einer Stunde vor seine Schäflein wagte. Der Hirte wurde mit Fragen überschüttet, Antworten hatte er nicht parat. „Ich verspreche Ihnen, mir die Lage vor Ort genauer anzuschauen“, sagte er matt.

Das Vertrauen in die Bischöfe ist geschwunden. „Er hat doch nur Worthülsen abgesondert“, beklagte sich die Gemeinderatsvorsitzende Angelika Hoffmann, 59, nach Overbecks Auftritt. Rebellierende

Katholiken zogen deshalb an einem Adventswochenende mit Schlafsäcken ausgerüstet in die Kirche St. Barbara – zur Besetzung des Gotteshauses durch die eigene Gemeinde.

Der betagten Küsterin wurde es angesichts so ungewohnt radikalkatholischen Auftrugs mulmig. Während die Gläubigen vor dem Altar ihre Isomatten ausrollten, entnahm sie vorsichtshalber das sogenannte Allerheiligste aus dem Tabernakel und gab dem „Leib Christi“, der geweihten Hostie, über Nacht in der Sakristei eine provisorische Bleibe.

Akademikerinnen, Verkäuferinnen, Mütter, die Gemeinschaft der überwiegend weiblichen Kirchenbesetzer ist bunt. „Viele unserer Eltern“, erklärt die 36-jährige Religionslehrerin Alexandra Brans ihr Engagement für St. Barbara, „haben nach dem Krieg die Steine geklopft und eigenhändig diese Kirche aufgebaut.“

Weitreichenden Einschnitten hatten die Gemeindemitglieder schon zugestimmt, trotzdem beharrte das Bistum auf seinem Kurs. „Monatelang haben wir

über Sparmaßnahmen diskutiert, und am Ende sind die Absprachen nichts wert. So eine Kirche wollen wir nicht“, klagt Stefanie Vukancic, 30, die für ein Modehaus arbeitet. Leute wie sie fühlen sich durch die autoritären, nichttransparenten Direktiven der Kirchenhierarchie verprellt.

Dass es nicht wie bisher weitergehen kann, das ahnen viele der Gläubigen. Rund 870000 Katholiken leben im Ruhrbistum, aber nur ein Bruchteil von ihnen erscheint regelmäßig zu den Gottesdiensten. Die Kosten steigen, die Einnahmen sinken, darauf muss die Diözese reagieren.

„Das Problem kommt mit voller Wucht auf die gesamte Kirche zu“, sagt Klaus Pfeffer. Der Personalchef des Essener Bistums spricht von „dramatischen Einschnitten“ und „einem unglaublichen Umbruch“, der in allen Bistümern bevorstehe. Von derzeit 311 Priestern in seinem Bistum werden im Jahr 2030 nur noch 141 aktiv sein, hat er berechnet. Alle im Land würden „immer noch glauben, es ginge irgendwie so weiter“ in der katholischen Kirche. Pfeffer: „Aber es geht nicht mehr so weiter!“

Bischof Overbeck hat seine Konsequenzen daraus gezogen. Am Rande einer Pfarrkonferenz kurz vor Weihnachten bereitete er seine Priester in der betroffenen Region auf eine traurige Zukunft vor: „Es gibt Sterbeprozesse, die müssen Sie als meine Mitarbeiter einfach begleiten.“

PETER WENSIERSKI